



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II-10932 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

16. August 1993

Zl. 353.110/120-I/6/93

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

4949/AB

1993-08-16

zu 4980/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Madeleine Petrovic und FreundInnen haben am 17. Juni 1993 unter der Nr. 4980/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Wirtschaftsdruck auf Menschenrechte gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Repräsentanten Chinas haben in dieser Angelegenheit mit Ihnen bzw. dem Außenministerium Kontakt aufgenommen?
2. Was war das Ansinnen und welche Konsequenzen wurden angedroht?
3. Gab es Drohungen betreffend den Entzug bzw. die Nichterteilung von Aufträgen, die im Rahmen Ihrer Reise nach China vereinbart bzw. in Aussicht gestellt wurden? Wenn ja, welcher Art und worauf (genau) gerichtet? Wenn nein, wie erklären Sie dann Ihre Äußerungen gegenüber den Medien? Wer droht eigentlich von chinesischer Seite wem mit welchen Mitteln?
4. Sie selbst wiesen darauf hin, daß die Menschenrechte in vielen Teilen der Welt noch immer hinter den Zielen der vor fünfundvierzig Jahren angenommenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO zurückblieben. Bedeutet dies,

daß China keinen Aufholbedarf gegenüber dieser vor fünf- undvierzig Jahren angenommenen Allgemeinen Erklärung hat? Bedeutet dies, daß die Menschenrechtssituation in China Ihrer Meinung nach befriedigend ist?

5. Sie haben bereits in China nur sehr diplomatisch und zögerlich die Menschenrechts-Situation gegenüber Li Peng thematisiert. Haben Sie seither die Entwicklung der Menschenrechte in China beobachtet bzw. erheben lassen? Wie viele politische Gefangene wurden freigelassen? Wie viele befinden sich nach den Schätzungen internationaler Menschenrechts-NGOs noch in den chinesischen Gefängnissen?
6. Wie stehen Sie im Lichte der Ereignisse zu der oftmals vorgetragenen Grünen Forderung, keine staatlichen Förderungen bzw. Garantien oder Haftungen für Geschäfte mit Vertragspartnern in Ländern, die systematisch und notorisch die Menschenrechte verletzen, zu übernehmen und wie begründen Sie Ihre Meinung?
7. Gegenüber einer österreichischen Tageszeitung äußerten Sie sich wörtlich: "China habe eben eine andere Vorstellung von Menschenrechten". Was meinen Sie damit? Gehen Sie von der Teilbarkeit der Menschenrechte aus?
8. Ihren Äußerungen zufolge geht es um einen wirtschaftlichen Konflikt China-Österreich. Halten Sie die Menschenrechte für weniger wertvoll als Wirtschaftsaufträge? Wenn nein, wie erklärt sich Ihre Äußerung?
9. Sind Sie darüber informiert, daß seitens China auch Druck auf den UNO-Generalsekretär dahingehend ausgeübt wurde, daß er seine Rede vor dem Parlament absagen müsse, wenn das Parlament auch dem Dalai Lama ein Gesprächsforum anbietet? Von wem wurde dieses Ansinnen vorgebracht und welche Konsequenzen wurden (genau) angedroht?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Vorweg halte ich fest, daß vor Beginn der UN-Weltkonferenz über Menschenrechte eine Rede des Dalai Lama nicht zur Debatte stand, da der an der Konferenz teilnahmeberechtigte Personenkreis in deren Geschäftsordnung festgelegt war und der Dalai Lama nicht darunter fiel. Zur Diskussion stand lediglich die Frage der Anwesenheit des Dalai Lama an der Eröffnungsveranstaltung der Weltkonferenz als Gast zusammen mit den anderen Friedensnobelpreisträgern.

- 3 -

In dieser Angelegenheit hat es laut Auskunft des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten sowohl in Wien als auch in Peking auf diplomatischer Ebene einige Kontakte zwischen Repräsentanten der Volksrepublik China und Österreichs gegeben.

Zu Frage 2:

China hat das Ansinnen gestellt, daß die Einladung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten an den Dalai Lama zur Teilnahme am Treffen der Friedensnobelpreisträger am Rande der Weltkonferenz zurückgezogen werde. Insbesondere wurde dagegen Vorstellung erhoben, daß der Dalai Lama in irgendeiner Form zur Weltkonferenz selbst eingeladen werde. In diesem Falle wäre mit einer Belastung der österreichisch-chinesischen Beziehungen zu rechnen.

Zu Frage 3:

In Peking erklärte der chinesische Vizeaußenminister dem österreichischen Geschäftsträger, eine Teilnahme des Dalai Lama an der Menschenrechtskonferenz könnte die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und China auch auf wirtschaftlichem Gebiet ernsthaft beeinträchtigen. Die Stornierung von Aufträgen an österreichische Firmen wurden meines Wissens in diesem Zusammenhang weder in Wien noch in Peking konkret angesprochen.

Zu Frage 4:

Die Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik China wird von der Bundesregierung laufend mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Nach internationaler Einschätzung hat es in den 17 Jahren seit dem Ende der Kulturrevolution zwar Verbesserungen gegeben, der Standard eines demokratischen Rechtsstaats ist aber zweifellos noch lange nicht erreicht.

Gerade die Ereignisse des 4. Juni 1989 haben für diesen Prozeß einen schweren Rückschlag gebracht, dessen Folgen China bis heute noch nicht zur Gänze überwunden hat. So ist nur ein Teil der in der Folge jener Ereignisse verhafteten und verurteilten Personen inzwischen begnadigt worden. Andere Personengruppen werden nach wie vor verfolgt, inhaftiert und verurteilt, wobei in erster Linie religiöse (z.B. die katholische Untergrundkirche) und nationale Minderheiten (Tibeter) zu nennen sind.

Ebenso besorgniserregend sind die zahlreichen Berichte von Mißhandlungen und Folterungen in chinesischen Gefängnissen, auch unter Verletzung der eigenen einschlägigen Vorschriften, sowie über die exzessive Anwendung der Todesstrafe in China.

Zu Frage 5:

Ich habe meinen offiziellen Besuch in der Volksrepublik China im April 1993 zum Anlaß genommen, die Frage der Achtung der Menschenrechte mit der gebotenen Deutlichkeit zur Sprache zu bringen. Insbesondere habe ich mich für die Begnadigung aller jener Personen verwendet, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Juni 1989 oder wegen ihrer Betätigung für religiöse und politische Minderheiten verurteilt wurden.

Die Frage, wieviele politische Gefangene in den letzten Monaten freigelassen wurden bzw. wieviele sich heute noch in Haft befinden, ist nicht exakt zu beantworten, da es keinen Zugang zu objektiven Daten gibt. Auch die Angaben der Menschenrechtsorganisationen erweisen sich als lückenhaft oder nicht auf dem letzten Stand, da auch diese Organisationen große Schwierigkeiten bei der Feststellung objektiver Zahlen haben.

Zu den Fragen 6 und 8:

China ist einer der am stärksten wachsenden Märkte der Welt. Regierungs- sowie auch andere offizielle Delegationen aus zahlreichen Ländern reisen nach China mit dem Ziel, die Wirtschaftsbeziehungen ihrer Länder mit China zu intensivieren. Wie ich schon in einem anderen Zusammenhang anlässlich der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4465/J ausgeführt habe, liegt es weder in meiner Kompetenz als Bundeskanzler, noch entspricht es meinen Intentionen, österreichische Unternehmen gegenüber Unternehmen aus anderen Staaten in bezug auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu diskriminieren. Es ist vielmehr meine Verpflichtung als Vorsitzender der Bundesregierung, die Interessen Österreichs - und damit auch der österreichischen Unternehmen sowie deren Arbeitnehmer - zu fördern. Dazu gehört auch, daß die Bundesregierung die Bemühungen der österreichischen Exportwirtschaft zur Festigung und zur Neugewinnung von Märkten unterstützt.

Wenn Österreich nur mit Ländern Wirtschaftsbeziehungen unterhalte, die unseren Standards von Demokratie und Menschenrechten entsprechen, so würde dies die Lage der Menschenrechte nicht verbessern, der österreichischen Wirtschaft und den Arbeitnehmern jedoch schweren Schaden zufügen. Im übrigen schließen - wie zahlreiche Erfahrungen zeigen - bilaterale Wirtschaftsbeziehungen das Führen eines Dialogs über kontroversielle Fragen nicht aus.

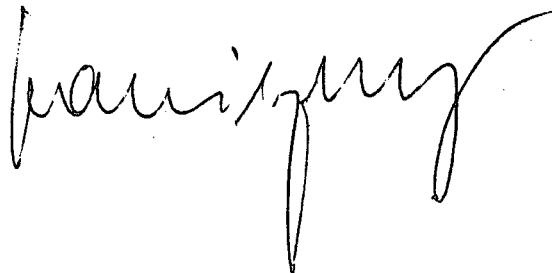
Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß der Ausbau von Handelsbeziehungen einen wichtigen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung dieser Länder leisten kann und gerade diese soziale und wirtschaftliche Entwicklung eine wesentliche Voraussetzung für Demokratisierung und Minderheitenschutz in Ländern der Dritten Welt darstellt.

Zu Frage 7:

Vertreter der Volksrepublik China sowie einer Reihe anderer Staaten haben ihre Auffassungen von den Menschenrechten im Rahmen der Generalversammlung und der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sowie bei der Weltkonferenz über Menschenrechte und in bilateralen Kontakten immer wieder dargelegt. Diese sind insbesondere durch den Primat der staatlichen Souveränität auf dem Gebiet der Menschenrechte und durch die Geltendmachung historischer, kultureller und wirtschaftlicher Unterschiede bei der Anwendung und Interpretation menschenrechtlicher Normen charakterisiert. Von Österreich wie von der großen Mehrheit der Staaten wird dagegen die Auffassung vertreten, daß die Menschenrechte universell gültig sowie unteilbar sind und ein legitimes Anliegen der Staatengemeinschaft darstellen.

Zu Frage 9:

Über die Kontakte der chinesischen Regierung mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen liegen mir keine näheren Informationen vor.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kainitz', is written in a cursive style.